

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

60 (12.3.1930)



# Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Folk und Zeit“  
Die Musik- und Sport- und Spiel- / Primat und Wandern  
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenclub

Bezugspreis monatl. 2.50 RM. • Ober-Jahreszeitung 2.20 RM. • Durch die Post 2.50 RM.  
Einzelhefte 10 Pf. • Sonntags 15 Pf. • Einjahrespreis 26 RM. • Mehrere Hefen nach Vereinbarung  
Der mittlere 11 Uhr • Postfach 2630 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruher  
Str. 1. B. • Telefon 26 0 • Fernruf 7020 und 7021 • Postfach-Nummern: Dursach, Meyerstr.  
12. • Dursach, Meyerstr. 12. • Dursach, Meyerstr. 12. • Dursach, Meyerstr. 12.

Nummer 60 Karlsruhe, Mittwoch, den 12. März 1930 50. Jahrgang

## Starke Youngplan-Mehrheit

In zweiter Lesung mit 263 gegen 174 Stimmen angenommen

Berlin, 11. März. (Eig. Drabt.) Am Dienstag war der Plenar-  
sitzung des Reichstags während der ganzen Verhandlungsdauer außer-  
ordentlich stark besucht. Mehr als 450 Abgeordnete hatten sich ein-  
gefunden, ein seltener Fall. Alle Fraktionen hatten ihren Abge-  
ordneten das Erscheinen wegen der Youngplanabstimmung zur Pflicht  
gemacht. Nur schwer Kranke und durch sonstige Pflichten abgehal-  
tene Parlamentarier sind Berlin fern geblieben.  
Vor der Abstimmung über die Younggeleihe erfolgte, fand eine  
wertvolle Auseinandersetzung zwischen Reichsrat und Reichs-  
tag statt. Der Reichstag hatte vor einigen Wochen unter sozial-  
demokratischem Einfluß einen Gesetzentwurf angenommen, der die  
Einkünfte aus den Hausinssteuerhypotheken für den Wohnungs-  
bau freier will. Es sind im Laufe der letzten Jahre etwa vier  
Millionen Mark für Hausinssteuerhypotheken gegeben worden.  
Im Jahr 1929 sind jährlich 40 bis 50 Millionen Mark in den Hän-  
den der Kreditanstalten für den Wohnungsbau angelegt worden.  
Die Länder aber verwenden einen Teil dieser Rückläufe aus  
Hausinssteuerhypotheken für ihren allgemeinen Finanz-  
bedarf. So hat allein die preussische Regierung 12 1/2 Millionen  
Mark aus Hausinssteuerhypotheken für den allgemeinen Bedarf  
entnommen. Der Reichsrat hat gegen die Annahme des Gesetzes  
Einspruch erhoben, jedoch es der Reichstag mit zwei Drittel Mehr-  
heit beschloß, wenn es Gültigkeit bekommen soll. Es ent-  
stand sich eine längere Debatte, an der sich u. a. die sozialistischen  
Abgeordneten Vimpf, Frau Kuntz und Herr Kuntz beteiligten.  
Der Reichsrat sprach nur der bayerische Volkspartei Trö-  
ger. In namentlicher Abstimmung bestätigte der Reichstag mit  
263 gegen 174 Stimmen seinen früheren Beschluß. Damit ist der  
Einspruch des Reichsrats zurückgewiesen.

Deutschnationalen durch den Abg. Schmidt-Dannover Einspruch er-  
heben. Der deutschnationale Abgeordnete laschte selbst, als er ver-  
langte, die dritte Beratung der Younggeleihe solange zu vertagen,  
bis am Freitag das Wahlprüfungsgericht über das Freiheitsge-  
setz geurteilt habe. Nach der Meinung seiner Freunde sei das Freiheits-  
gesetz durch den Volksentscheid angenommen. Der Reichstag laschte  
Herrn Schmidt wegen dieser Behauptung aus und brachte die  
dritte Lesung der Younggeleihe auf die Tagesordnung am Mittwoch.  
Der Reichsanwalt wird am Mittwoch zur Schlussberatung das Wort  
nehmen. An der endgültigen Annahme der Younggeleihe in der  
Reichstagsitzung am Mittwoch ist nicht mehr zu zweifeln.

### Hindenburg fordert Finanzsanierung

Berlin, 12. März. (Funndienst.) Der Vorsitzende der Zen-  
trumsfraktion des Reichstags, Dr. Brüning, stellte dem  
Reichspräsidenten am Dienstag mittags auf dessen Wunsch  
zwecks Besprechung der politischen Lage einen Besuch ab. Aus  
Zentrumskreisen erfahren wir dazu, daß der Reichspräsident in dieser  
Unterredung seinen Zweifel darüber ließ, ob eine Annahme  
des Youngplans mit einer nur geringen Mehrheit im Vor-  
der Frage stellen würde, ob er den Youngplan zum Volksentscheid  
stellen solle. Es sei deshalb erforderlich, daß sämtliche Rege-

rungsparteien geschlossen für den Youngplan stimmen müs-  
sen, wenn dessen Annahme gesichert sein solle.  
Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion betonte, daß  
keine Fraktion unbedeutend eine Sicherheit dafür haben müsse, daß  
die Geleihe zur Sicherung der Finanzen rechtzeitig in  
Kraft treten. Der Reichspräsident erklärte darauf, daß er von  
derselben Notwendigkeit überzeugt sei und er von allen  
verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die Re-  
gelung der Finanzfrage bis zum 1. April zu verwirkli-  
chen.  
Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat Dienstag  
mittags zu einer Fraktionssitzung zusammen, um über das von den  
Vertretern der sogenannten Weimarer Koalition aufgestellte  
Finanzprogramm zu beraten.  
Das Zentrum stimmte bei der Reichstagsabstimmung über den  
Youngplan nunmehr dem Plan doch zu, da von maßgebender  
Seite der Fraktion Sicherungen gegeben sind, daß die Finanz-  
sanierung bis zum 1. April durchgeführt wird.  
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird  
sich am Donnerstag nochmals eingehend mit dem Finanzprogramm  
der Reichsregierung bzw. dem von den Regierungsparteien unter  
Ausschluss der Volkspartei in groben Zügen vereinbarten Pro-  
gramm beschäftigen.

## Der Sanierungskampf

### Bisherige Ergebnisse der Besprechungen

Das Younggesetz und die damit zusammenhängenden Li-  
quidationsabkommen sind am Dienstag vom Reichs-  
tag in zweiter Lesung angenommen worden. Am Mittwoch  
folgt die dritte Lesung, die sich glatt vollziehen dürfte.  
Erinnern wir uns noch einmal an die Vorgeschichte:  
Zentrum und Bayerische Volkspartei erklärten  
bis kurz vor der Abstimmung, ihre Zustimmung zu den außer-  
politischen Geleihen nicht geben zu können, solange keine  
Sicherheit über die Finanz- und Steuerreform ge-  
geben sei. Die Demokraten stellten sich auf den Stand-  
punkt, daß auch sie sich enthalten müßten, solange das Zentrum  
sich nicht zu einer passiven Stellungnahme entschlossen habe  
und über die Finanzvorlagen der Regierung seine Einigkeit  
erzielt war. Die Annahme der Younggeleihe war also ge-  
fährdet. Aber auch wenn sie etwa mit einer knappen Mehr-  
heit angenommen worden wären, hätte man damit rechnen  
müssen, daß der Reichspräsident sie nicht verurteilt und  
sie, wie es sein verfassungsmäßiges Recht ist, einem Volksent-  
scheid unterbreitet haben würde. Diesen bedenklichen Mög-  
lichkeiten mußte vorgebeugt werden und daher sind die Ver-  
handlungen zwischen den Parteien der sogenannten Weimarer  
Koalition einschließlich der Bayerischen Volkspartei  
eingeleitet worden.

gegen, unsere gegenseitigen Zugeständnisse auch  
dann an dem Finanz- und Steuerwert gemeinsam weiter zu  
arbeiten, wenn sich endgültig die Unmöglichkeit herausstellte, mit  
der Deutschen Volkspartei zu einer Einigung zu gelangen.  
Allerdings ist es nicht gelungen, die Bayerische Volks-  
partei und das ganze Zentrum zu einem Ja bei der zweiten  
Lesung der Younggeleihe zu bewegen.

Wichtig aber ist die schon am Dienstag bei der zweiten  
Lesung bekundete Bereitwilligkeit des Zentrums,  
keine Taktik zu verfolgen, die verhängnisvolle Wirkungen  
hätte auslösen können.

Sollten die Intriganten und einen grundsätzlichen  
Kurswechsel anstrebenden Elemente in der Deutschen  
Volkspartei endgültig die Oberhand bekommen, so wäre  
hierdurch immer noch ein starker Wille zum Schutz des Parla-  
mentarismus und der Demokratie vorhanden.

Es liegt ja nicht so, daß für den Fall eines Zusam-  
menbruchs der gegenwärtigen Koalition eine  
andere Mehrheitsregierung zur Verfügung stünde. Verluste  
die Bruchlinie diesseits des Zentrums und der Bayerischen  
Volkspartei, so bliebe nichts anderes, als Auflösung des  
Reichstages oder ein Kabinett, das sich auf den Arti-  
kel 48 der Verfassung stützt. Dadurch würde in diesem Mo-  
ment die innerpolitische Situation aber kaum verbessert wer-  
den, sondern nur eine gewalttätige Beunruhigung her-  
beiführen. Die Anwendung des Artikels 48 wäre die denk-  
bar schwerste Erschütterung des Verfassungslebens.  
Sie muß daher auf alle Fälle vermieden werden.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Vertre-  
tern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und  
der Bayerischen Volkspartei über das Finanzprogramm  
ist in den Fraktionen am Dienstag zur Diskussion gestellt  
und gleichzeitig der Reichsregierung mitgeteilt worden. Die  
wichtigsten Ergebnisse dieser Besprechungen sind:

Man hat in der Deftlichkeit die Besprechungen der Fraktionen  
diesfalls eine falsche Auslegung gegeben. Deshalb sei  
noch einmal mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß sie sich  
nicht gegen das Kabinett richteten und auch keine  
Spitze gegen die Deutsche Volkspartei hatten.  
Es sollte nicht verkannt werden, die Grundbedingung für eine neue  
Regierung zu schaffen, sondern es sollte dem Zentrum die  
Gelegenheit gegeben werden, daß auch ohne die Deutsche  
Volkspartei eine Mehrheit im Reichstag den ersten  
Willen zu einer mit ihm gemeinsam durchzuführenden Finanz-  
reform besthe. Wenn die Deutsche Volkspartei zu den Kon-  
ferenzen nicht hinzugezogen wurde, so deshalb, weil sie von  
vornherein zu dem Finanzprogramm der Regierung eine Stel-  
lung eingenommen hatte, die eine Verständigung innerhalb  
der Fraktionen zur Zeit kaum als möglich erschienen ließ. Sie  
forderte eine Festlegung auf Steuerentlastungen, die über den in  
den Kabinettsvorlagen vorgesehenen Rahmen hinausgingen,  
sie verlangte die Einführung einer Kopfsteuer in der kommunal-  
en Steuerberechnung und sie bestand vor allem auf einer  
Vereinbarung über die Herabminderung der Leistungen der  
Arbeitslosenversicherung.

Die Verhandlungen selbst haben zu einem vorläufigen Er-  
gebnis geführt, das von dem Programm der Regierung in  
mancher Beziehung abweicht. Aber die Dinge liegen nicht so,  
als ob hier ein Reform-Projekt geschaffen wird, das die vier  
Parteien ohne weiteres an die Stelle des Regierungspro-  
gramms setzen wollen. Davon kann schon deswegen keine Rede  
sein, weil auch zwischen ihnen über bestimmte Einzel-  
heiten noch Meinungsverschiedenheiten be-  
stehen, und die Fraktionen bisher schon zeitlich nicht in der  
Lage waren, das, was ihre Unterhändler als mögliche Grund-  
lage einer Vereinbarung akzeptiert hatten, genau zu prüfen.  
Das ganze ist eine Art von Skizze, die noch der näheren  
Ausführung bedarf, ein Rahmen, der erst ausgefüllt wer-  
den kann, wenn die eigentlichen Debatten über die Finanz-  
und Steuergeleihe ihren Anfang nehmen.

Man wird das Ergebnis auch der Deutschen Volkspartei  
nicht mit einem Ja oder Nein vorlegen, sondern jederzeit be-  
reit sein, mit ihr über die verschiedenen Punkte zu verhandeln.  
Wesentlich ist, daß sich die vier Parteien über gewisse Li-  
nien verständigt haben, und daß sie sich in dem Wunsch be-

1. Die Länder erhalten das Recht, Zuschläge zur Biersteuer zu er-  
heben und damit für die Deckung ihrer Selbstträge zu sorgen.  
2. Für den dadurch entstehenden Ausfall erhält das Reich den  
vollen Ertrag der Mineralwassersteuer und der Erhöhung der Ben-  
zin- und Benzolsteuern. Daneben wird eine Ausgleichsabgabe für im  
Inland erzeugtes Benzin und Benzol in derselben Höhe eingeführt.  
Von dem dem Reich durch den Fortfall der Biersteuer entstehenden  
Verlust von 150 Millionen Mark werden auf diese Weise 110 Mil-  
lionen abgedeckt.  
3. Für den Restbetrag von 40 Millionen, die dann noch zu beden-  
ken bleiben, ist eine geringfügige Erhöhung der Umsatzsteuer geplant,  
die um 0,05, d. h. von 0,75 auf 0,80 Prozent erhöht werden soll.  
4. Ferner ist zur Erleichterung des Hereinstromens ausländischen  
Kapitals und zur Förderung des Ablasses fest verzinslicher Wert-  
papiere die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für alle fest ver-  
zinslichen Wertpapiere am 1. Oktober 1930 geplant. Der dadurch  
im Jahre 1930 entstehende Ausfall von 45 Millionen Mark könnte  
durch den Fortfall der Umsatzsteuerfreiheit für die Einfuhr aufge-  
bracht werden.  
5. Als Ausgleich für die Einführung der Mineralwassersteuer ist  
die Erhöhung der Selbststeuer geplant. Ferner sollen Qualitätsweine  
in Flaschen in der Form einer Gemeindegetränksteuer besteuert  
werden.

Neben diesen Steuerfragen sind in den Verhandlungen auch noch  
die Streichungen, die im Etat des Reichsbahnministers in Höhe  
von 35 Millionen Mark vorgenommen wurden — Herabminderung der  
Wächterinnenhilfe 15 Millionen, Herabminderung der Zollerträge  
an die Invalidenversicherung 20 Millionen — besprochen worden.  
Über diese und einige andere Fragen der Ausgabenreduzierung  
sind gemeinsame Vorschläge noch nicht gemacht worden.

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion  
wurde am Dienstag im einzelnen gegen das Programm  
keine öffentliche Bedenken geltend gemacht. Eine endgültige  
Stellungnahme der Fraktion wird in einem  
späteren Stadium erfolgen.

### Die Abstimmungen

Die große Spannung werden die Erklärungen des Zentrums  
der Bayerischen Volkspartei zu den Youngabstimmungen er-  
wartet.  
Das Zentrum erklärte der Abgeordnete Dr. Brüning, in der  
Young-Abstimmung, daß keine Fraktion in ihrer Mehrheit sich ent-  
halten habe, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, die letzte Ge-  
leihe aber, die die Sicherung der Finanzen erlangen werde,  
zu genehmigen. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Reichel, erklärte  
ebenfalls, daß seine Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da  
keine genügenden Sicherungen für die Finanzsanierung vorliegen.  
Es folgten über einstündige Abstimmungen, die zum Teil  
namentlich waren.

Der Artikel 1 des Gesetzes, der die Zustimmung zu den Re-  
gierungsabkommen mit den Anlagen und dem Schlussprotokoll, die Zu-  
stimmung zu den Vereinbarungen über die Rückzahlung des Rhein-  
lands und die Tätigkeit der Reichsfinanzkommission enthält, wurde  
mit 263 gegen 174 Stimmen bei 26 Enthaltungen an-  
genommen. Die Mehrheit bestand aus Nationalsozialisten,  
Deutschnationalen, Christlich-Nationalen, Wirtschaftspartei  
Kommunisten. Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche  
Volkspartei, auch einige Zentrumsabgeordnete haben sich der  
Stimme enthalten.

Die namentlichen Abstimmungslisten ergibt sich, daß sich an der  
Abstimmung über den Gesetzentwurf über die Saager Konferenz,  
den und über den Artikel 1, der die Zustimmung zum Young-  
plan und zur Rheinlandrückzahlung vorsieht, drei Mitglieder der  
Volkspartei, fünf und Konrad. Vom Zentrum haben sich die  
Abgeordneten Kornfeld, Etmann und Feilmayer  
der Stimme enthalten, während der Abg. Dr. Föhr (Baden)  
sich der Stimme enthält. Es sind 263 Stimmen für  
den Artikel 1 abgegeben worden, 174 Abgeordnete stimmten da-  
gegen, 26 enthielten sich der Stimme.

Der Artikel 2, der die Zustimmung der  
Reichsregierung zu dem Sachverständigenrat und zu den ein-  
seitigen Vereinbarungen über die internationalen Bank, die Wirt-  
schaftsreform, enthält, die Mehrheit bestand aus 261, die  
Mehrheit aus 173 Stimmen, bei 21 Enthaltungen. Artikel 3  
des Gesetzes (Markabkommen) wurde ebenso, wie der Rest des Ge-  
setzes in einfacher Abstimmung angenommen.

Die Abstimmung wurde weiter mit den Stimmen der Regierungs-  
parteien des Reichsbankgesetzes, das Reichsbankgesetz  
des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens,  
wurde die Regierungsmehrheit bei dem deutsch-pol-  
nischen Abkommen, da hier auch Mitglieder der Deutschen  
Volkspartei und des Zentrums mit der Opposition  
stimmten. Ein anderer Teil des Zentrums hat sich der Stimme  
enthalten. Das Abkommen wurde mit 224 gegen 207 Stimmen  
in Abstimmungen angenommen. Das deutsch-englische  
Liquidationsabkommen fand Annahme mit 254 gegen 177 Stimmen.  
Die übrigen Liquidationsabkommen wurden angenommen.

Die Anträge auf Erlass einer Räumungsumsetzung wurden  
abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der Christlich-Nationalen, der  
eine allgemeine Umverteilung in Reich und Ländern fordert, dem  
Reich des Reichsaussenministers Dr. Curtius anzuwählen,  
unter großer Beifriede gegen die wenigen Stimmen der  
nationalsozialistischen Abgeordneten abgelehnt.

Die nationalsozialistischen Anträge verdient noch einer  
Besonderheit über die Aufhebung der Bestimmungen des Verfallens  
des Reichs. Der deutsch-nationale Führer Graf Westers er-  
klärte, daß seine Fraktion sich zwar mit der Tendenz des Antrags  
einverstanden, aber das Ziel sei nicht durch einseitige Verfügungen  
der Reichsregierung zu erreichen, darum werde sich die deutsche  
Volkspartei der Stimme enthalten. Der nationalsozialistische  
Antrag wurde abgelehnt.  
Der Präsident läßt die dritte Lesung der Younggeleihe  
auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu setzen, liegen die







# Gewerbe und Handel vor dem Landtag

## Eine Ueberfülle Eingänge / Gewerbe u. Handel / Die Warenhausfrage / Mittelstandsdebatte / Sozialdemokratie und Handwerk

Mit Vollkraft ging der Landtag nach den Festmahlzeiten wieder an seine Arbeit. Eine Ueberfülle Arbeitsstoff ist noch zu bewältigen. Vom Etat des Innenministeriums noch vor allem die wichtige Position „Landwirtschaft und Ernährung“. Die sogenannten Bauerndebatten im Landtag wollen bekanntlich nie ein Ende nehmen. Dann kommt der wichtige Etat des Kultus- und Unterrichtsministeriums und schließlich noch des Finanzministeriums; Gelege und was das Haus sich selbst noch an Arbeit gibt. Es wird wohl schon in den Sommer hineingehen, bis das Haus allen Arbeitsstoff erledigt hat.

Heute stand Handel und Gewerbe zur Debatte. Neues wurde zu diesem Thema nicht gesagt. Jedermann weiß, daß es dem Handwerk schlecht geht. Wie sollte in der allgemeinen Krise ein Berufsstand eine Ausnahme machen? Je mehr Arbeiter arbeitslos, desto weniger hat der Handwerker Beschäftigung. Die brachliegende Industrie kann dem Handwerk keine Aufträge geben, und der arbeitslose Arbeiter kann vom Handwerk nichts beziehen. Bedauerlich ist, daß gerade das Handwerk überall die Schuld an seiner Not sieht, nur nicht da, wo die Schuld wirklich liegt. Da wird gegen die Warenhäuser vom Leber geogogen, gegen die kommunalen Betriebe, gegen die Gefängnisarbeit! Man läßt sich vom Kapitalismus, von den Konzernen und Trusts den Hals ausziehen, ins Proletariat hinausstößen und schimpft über — den Sozialismus. Das Handwerk soll sich an der Arbeiterschaft ein Beispiel nehmen. Mit Eigenbräuterei, Junktimern, Betriebsführung nach Methoden des Großvaters kommt heute das Handwerk im Tempo der Neuzeit nicht mit; auch nicht, wenn man politisch der Reaktion die Steigbügel hält. Zunächst: Sift dir selbst, so hilft dir Gott! So hat es die Arbeiterschaft gemacht! Das Handwerk könnte wirklich von der Arbeiterschaft viel lernen. Solange aber das Handwerk und der Mittelstand sich durch solche kurzfristige und politische wie wirtschaftliche Rückschlüsse verstreuen lassen, wie sie heute im Landtag aufzutreten, ist keine Hoffnung vorhanden, daß es diesem Berufsstand in absehbarer Zeit besser gehen wird.

h. w. Karlsruhe, 11. März 1930

Eine Unmenge Eingänge liegen wieder vor. Der Arbeitsstoff geht nie aus. Nach Erledigung einiger unbedeutender Dinge wurde in der vor 14 Tagen unterbrochenen Beratung des

### Voranschlags des Innenministeriums

wettergefahren. Neben „Handel und Gewerbe“ und einigen weniger wichtigen Abschnitten steht noch das wichtige Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“ zur Behandlung, dessen Erledigung wohl die längste Zeit beanspruchen dürfte. Zunächst kommt zum Aufzug des Kapitels

### Gewerbe und Handel.

Den Ausschussbericht gibt Abg. Reinhold. Der Ausschuss beantragt, die Ausgaben wie die Einnahmen zu genehmigen. Weiter berichtet Abg. Reinhold über die Kapitel „Eichwesen“, „Bearbeitung der Landesstatistik“, „Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte“, „Beihilfen“ und „Besondere und zufällige Ausgaben“; auch hier wird Genehmigung beantragt.

Im Zusammenhang mit diesen Kapiteln, namentlich mit dem ersten, Handel und Gewerbe, stehen eine ganze Reihe Anträge

und förmliche Anfragen. Anträge der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten richten sich gegen die Warenhäuser. Abg. Dr. Rehbach erlättert Bericht. Der Ausschuss beantragt:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand gemäß Artikel 164 der Reichsverfassung, der ihm Förderung und Schutz gegen Auflösung verleiht, zur Erhaltung der Selbstständigkeit in seinen Selbsthilfebestrebungen unterstützt wird.“

Der Berichterstatter rollte in ausführlicher Weise die ganze Warenhausfrage auf.

In der Aussprache bringt Abg. Graf (Str.) die Wünsche, Klagen und Beschwerden des gewerblichen Mittelstandes vor. Er verweist besonders auf die Zersplitterung, Uneinheitlichkeit und Eigenbräuterei im Mittelstand. Dem Landesgewerbeamt soll Redner Anerkennung an den Arbeitsmethoden des Handwerkes das an seinen traurigen Verhältnissen viel selbst Schuld trägt, übt der Redner mancherlei Kritik. Der Redner trug etwas stark dunkle Farben auf. Es geht

### Am Tag des Buches

am 22. März, gilt es zu zeigen, daß Sozialismus nicht nur in Wirtschaft und Politik, sondern auch in Kunst und Wissenschaft bahnbrechend ist

### Achtel auf den „Tag des Buches 1930“

gewiß dem Handwerk nicht glänzend, aber so schlimm wie der Zentrumredner es hingestellt, dürfte es doch nicht sein. Die Beamten möchten in ihren Forderungen zurückhaltender sein.

### Abg. Großhans (Soj.)

führte die verschiedenen Uebertreibungen des Vorredners auf das richtige Maß zurück. Die Sozialdemokratie kennt die Not von Handwerk und Gewerbe. Sie unterstützt alle Forderungen, die dazu dienen sollen, das Handwerk vorwärts zu führen. Nötig ist vor allem eine gründliche technische Ausbildung des Nachwuchses. Gesuntene Kaufkraft ist immer ein Zeichen der Krise. Wenn man sich vor Augen hält, was da und dort in gewerblichen Versammlungen ausgeführt wird, dann muß man erkennen, daß in vielen Handwerkerkreisen die wirtschaftliche Erkenntnis noch fehlt. Wenn der Handwerker denken würde, würde er zur richtigen volkswirtschaftlichen Erkenntnis kommen. Die Zinspanne ist heute um das mehrfache höher wie früher. Den Banken müßte mehr auf die Finger gesehen werden. Die Drofflung des Kredits der Gemeinden durch den Reichsbankpräsidenten Schacht hat auch zur Drofflung der Aufträge an das Handwerk geführt.

Wir sind keine Feinde des Handwerkes.

Viele Handwerker stehen ja auf unserem Boden. Wie kann sich aber der kleine Mann. Der Vertreter des Handwerkes mit den Vertretern des Großkapitals verbinden? Sein Anschluß sollte noch weit mehr nach jener Seite erfolgen, wo die großen Massen stehen, die eben um ihre Existenz ringen, wie die Handwerker.

Viele Handwerker sind auch Gegner der Tarifverträge. Jeder Handwerker sollte aber den Ehrgeiz haben, mit seinen Arbeiten einen Tarifvertrag zu haben. Die Zeitung „Das badische Handwerk“ unterstellt der Sozialdemokratie, sie wolle das Handwerk um seinen Besitz bringen. Der Kapitalismus ist es, der das Handwerk proletarisiert. Wenn das Handwerk politisch neutral sein will, dann darf seine Zeitung keine unwahren Unterstellungen bezüglich der Sozialdemokratie einnehmen. Die Feinde der wirtschaftlichen Demokratie sollten nicht unter den Handwerkern zu suchen sein. Bedauerlich ist auch die Einstellung des Handwerkes zur Lohnpolitik. Der Lohn des Arbeiters muß mit der gesteigerten Produktion in Einklang stehen. Bedauerlich ist, daß das Handwerk vor der öffentlichen Hand dange zu machen sucht.

Wenn die häßlichen Betriebe nicht wären, wo bliebe da das Handwerk?

(Sehr richtig!) Die meisten Handwerker sind ja auf die Aufträge der öffentlichen Hand angewiesen. Das Wort von der falschen Sozialisierung durch die öffentlichen Betriebe ist eine starke Uebertreibung. Wer würde die Umlage aufbringen, wenn die öffentlichen Betriebe privatisiert würden? Ob die Handwerkskammern das sind, was sie sein sollen, sei nicht weiter erörtert, die Berufenen mögen darüber entscheiden. Unverständlich ist uns die Haltung des Handwerkes zur Wohnungsfrage. Die Reichsordnungsordnung hat nicht befriedigt. Nachteile werden zwar immer vorhanden sein.

Der Bericht der Handels- und Gewerbelammer Konstanz teilt mit, daß die Kapitalflucht einen Umfang angenommen habe, der katastrophal zu werden beginne. Unter den Kapitalflüchtigen befinden sich viele Handwerker und Gewerbetreibenden. Wenn Sanktionen allerdings unmittelbar an der Grenze Platze aufstellen, man sich über diese Ereignisse nicht zu wundern! (Bursj: Das sind die Ketten!) Alle die, die Gehalt beziehen, mögen ihr Geld im Lande lassen und den einheimischen Handel und Gewerbe unterstützen. (Bravo bei den Sozialdemokraten!)

Abg. Meuth (D. Vpt.) will den hohen Steuern es aufheben, wenn im Lande sich so wenig Industrie ansiedelt. Der Redner vertritt vornehmlich Wünsche der Stadt Mannheim, die von der Regierung nicht so berücksichtigt werde, wie sie Anspruch habe. Die Regierung möge eine Warenhaussteuer einführen, wodurch auch der Etat seine Stütze habe. Der Hausierhandel bedürfte ebenfalls einer härteren Besteuerung. — Abg. Meel (Nat. Soj.) verspricht dem Mittelstand Rettung, wenn eine allgemeine politische Umstellung erfolge. — Abg. Herrmann (Wirtsch. u. Bauernv.) vertritt die allgemeinen Mittelstandswünsche, ohne irgend etwas Neues sagen zu können. — Nach 1/8 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittags, 12. März, 9 Uhr, anberaumt.

### Volkswirtschaft

Die dem Reich nahestehende Gemina (Münchener Lichtdruck-AG) veröffentlicht das Geschäftsergebnis für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1929. Die Zwischendivida wurde durch Belegung des Geschäftsjahres nominiert. Für die genannte Zeit ergab sich ein Verlust von 1.079 Millionen Mark. Die Entlohnung wird damit erklärt, daß die Wirtschaft in die Umstellung vom krummen zum Zornstimm fallt, was den Absatz von Summen fällen, besonders auch nach dem Ausland, stark behinderte. Durch den Vortrag von 117.000 Mark wird der Verlust auf 963.000 A verringert.

Geiselberger Volksbank. Die Bilanzsumme per 31. Des. 1929 beliefert sich auf 9.291.665 RM. — Reingehöru: 127.916 RM.

Fuchs-Waggons. Die Unte-Gottmann-Buch-Werte-A.G. soll die Aktienmajorität der Gebr. Schönborn-A.G. (Hilfedorf) und der Fuchs-Waggonsfabrik A.G. in Heidelberg unter Mitwirkung des durch den Barmer Bankverein, die Schroeder-Bank und die Danabank vertretenen Bankentenforiums erworben haben.

# Kolibri

Hunderttausende waren mit ihrer Zigarette zufrieden; sie probierten trotzdem die neue „Kolibri“ und blieben dabei.

Auch Sie sollten „Kolibri“ zu 5 Pfennig versuchen. An Ihrem Urteil liegt uns viel.

GREILING-ZIGARETTENFABRIK





### Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland schreibt uns: In der ersten Märzwoche ist die erwartete Wendung zur Besserung der Arbeitsmarktlage bei der Hälfte der Arbeitsamtsbezirke noch ausgeblieben. Doch war hauptsächlich in den badischen Bezirken das Einsetzen einer Frühjahrsbelebung schon etwas deutlicher. Die Zugänge und Abgänge in der Arbeitslosenunterstützung hielten sich im ganzen die Waage, so daß eine Entlastung der Gesamtunterstützung durch Unterbringungsleistungen noch nicht eingetreten ist.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 5. März 1930 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 123.787 Personen (108.625 Männer, 15.162 Frauen), in der Krisenunterstützung 13.786 Personen (10.829 Männer, 2.957 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 76 oder um 0,06 v. H. von 137.497 Personen (119.385 Männer, 18.112 Frauen) auf 137.573 Personen (119.454 Männer, 18.119 Frauen); davon kamen auf Württemberg 57.424 gegen 56.935 und auf Baden 80.149 gegen 80.562 am 26. Februar 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 5. März 1930 auf 1000 Einwohner 27,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 21,8 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Grund zur Besorgnis gibt der Umstand, daß trotz der günstigen Witterung die Beschäftigung noch nicht in Gange gekommen ist. Nur in wenigen Bezirken trat eine merkliche Belebung der Arbeitsmarktlage für Bauarbeiter ein, so daß Maurer, Gießer und Erdarbeiter aus der Unterstützung auswichen. Die Zahl der in den Wohnstätten der werkschaffenden Arbeitslosen für die beschäftigten Notstandsarbeiter hat sich auf rund 3000 Mann erhöht. In der Industrie der Steine und Erden wurden keine Entlassungen mehr beobachtet. Im Bergbau wurde die Reichsbahn im verarbeiteten Maße Arbeitskräfte an. Auch im Hüttenbetrieb und in der Rheinischfahrboten sich vermehrt Beschäftigungsmöglichkeiten.

In der Landwirtschaft wurde eine vermehrte Nachfrage nach ständigen geeigneten Arbeitskräften beobachtet. Im Gärtnerei- und Schankwirtschaftsgewerbe und im Muffelgewerbe war in den Städten die Vermittlungsstätigkeit sehr reger. Mit Faschingsende trat der Arbeitsmarkt in diesen Gewerben in die tote Zeit ein. Regte war noch die Vermittlungsstätigkeit für Hotelpersonal zur Frühjahrsreisezeit der Kurorte.

In der Metallindustrie hat sich die letzte Belebung der Kraftfahrzeuge, der Industrie, landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte und der Eisenwaren fortgesetzt. In der Uhrenindustrie sind die Entlassungen zum Stillstand gekommen. Die Abschmähung des Beschäftigungsgrades der Schmudwarenindustrie hat weitere Fortschritte gemacht. In der Textilindustrie war die Lage uneinheitlich. Im allgemeinen kann die Lage in der Textilindustrie, wie auch in der Lederindustrie nicht als günstig bezeichnet werden. Die Lage in der Holzindustrie dagegen ist äußerst unbefriedigend. Im Gemischtgewerbe hat sich die Lage durch die Entlassungen in der badischen Tabakindustrie weiter verschlechtert.

### Partei-Nachrichten

Karlsruhe, Sonntag, 9. März, nachmittags 3.15 Uhr, fand hier im Rathhausaal trotz herrlichen Frühlingstags eine gut besuchte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Als Redner war Herr Rappes (Karlsruhe) erschienen, der über das Thema „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“ sprach. Der Redner schilderte eingehend die große Not der arbei-

lenden Bevölkerung, hauptsächlich in den großen Industriestädten, und wie er als Angehöriger dieses Landes Sozialdemokrat wurde. In Hand von Beispielen zeigte er, daß ein guter Christ auch ein guter Sozialdemokrat sein kann. Gegen 6 Uhr konnte der Versammlungsführer die gut verlaufene Versammlung schließen.

### Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

**Donnerstag, den 13. März:**  
Mörsch (Amt Ettlingen): Abends 8 Uhr in der Turnhalle (Rebensimmer) Frauenwerberveranstaltung mit Vortrag der Landtagsabgeordneten Genösin Fischer (Karlsruhe).

**Samstag, den 15. März:**  
Kronau (Amt Bruchsal): Abends 8 Uhr in der „Eintracht“ Versammlung von Gefinnungsgenossen mit Vortrag von Gen. Trinius. **Kaffert:** Abends 8 Uhr im „Kreuz“ Mitgliederversammlung. Gen. Rappes spricht, Thema: „Kirche und Klassenkampf in Geschichte und Gegenwart“. Die Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, insbesondere werden Frauen und Jugendliche erwartet. **Stettfeld (Amt Bruchsal):** Abends 8 Uhr, im „Ritter“ öffentliche Versammlung mit Vortrag über „Das Arbeitslosenversicherungs-gesetz“. Referent: Gen. A. Schäfer (Karlsruhe).

**Bretten:** Abends 8 Uhr im „Württembergischer Hof“ Mitglieder-versammlung mit Vortrag von Lehrer Gen. A. S. Mann (Pforzheim) über „August Bebel's Leben und Wirken“.

### Aus aller Welt

#### Geländnis Lehrers

Kaasburg, 11. März. Der des Nordes und Nordwests beschuldigte Kaufmann Lehner hat bei einer zweiten Vernehmung in der Untersuchungsanstalt endlich ein Geständnis abgelegt. Darnach hat er den Unbekannten, den er zwischen Leipzig und Hof zur Mitfahrt eingeladen hatte, mit Benzol überfallen und Hof zur Benzol entzündet, so daß der Unglückliche bei vollem De-mut in verbrannt. Lehner hat jetzt auch den zuerst ab-gelassenen Nordwesten an dem Mechaniker Ortner ausgegeben. Seine Frau, so wird von ihm berichtet, habe von dem Plan ge-wußt und ihn gebilligt; dagegen werden die Verdachtsmomente gegen die ebenfalls verhaftete Kassiererin Naal aus Regensburg, die der Mitfahrerschaft beschuldigt wird, immer mehr entkräftet, so daß ihre Haftentlassung in Aussicht genommen ist.

#### Begnadigung des „Sohnes der Kaiserin“

Der Schwindler Karl Hartung, den die Kölner Strafkammer am 3. Dezember 1929 zu 13 Monaten Gefängnis verurteilte, ist mit Be-währungsfrist begnadigt worden. Hartung hatte sich, wie erinner-sich, bei seinen Verurteilungen als illegitimer Sohn der Prinzessin Hermine, der jetzigen Frau des Kaisers, ausgegeben.

#### Ein Hase verursacht den Tod eines Motorradfahrers

Trier, 11. März. Auf der Chaussee Fellingen kam ein Motorrad-fahrer auf eigenartige Weise zu Tode. Ein über den Weg laufen-der Hase lief direkt in das Motorrad hinein, das sich infolgedessen überhitzte. Der Motorradfahrer war sofort tot, während sein als Sozius mitfahrender Schwager mit leichten Verletzungen davonkam.

**Disziplinarverfahren gegen den Wormser Polizeidirektor**  
Worms, 11. März. Polizeidirektor Klapproth (Worms) hatte sich in eineinhalbwöchiger Verhandlung vor dem Provinzial-

ausschuss in Mainz auf Grund eines Disziplinarverfahrens zu ver-anworten, das er selbst beantragt hatte. Gegen Klapproth lag eine Reihe schwerer Beschuldigungen, u. a. auch solche sexueller Art, vor. Nach dreitägiger Beratung verurteilte der Ausschuss folgen-des Urteil: Polizeidirektor Klapproth wird einer Reihe von Ver-felungen für schuldig erkannt und aus diesem Grunde in eine ge-ringer belohnte Dienststelle zurückversetzt. Außerdem hat der Be-schuldigte die Kosten des Verfahrens zu tragen.

### Kleine badische Chronik

**Knittlingen bei Bretten.** Vor etwa 10 Tagen erlitt der hiesige etwa 60 Jahre alte Landwirt und Gemeinderat Georg Biele Bluthoden, die ihn dem Tode nahe brachten. Seine Frau nahm sich das so sehr zu Herzen, daß sie Ende der vorigen Woche einen Versuch erlos. Inzwischen hatte sich aber der Mann wieder etwas erholt. Der Tod seiner Frau verschlimmerte aber wieder seinen Zustand derart, daß er ihr am Tage nach der Beerdigung in den Tod folgte.

**Buchen.** Im Schlemmertshof bei Döppingen brach Feuer aus, dem eine neuerbaute Halle mit Strohvorräten, landwirtschaftlichen Maschinen usw. zum Opfer fiel. Der Geschädigte ist der Landwirt Goldschmidt.

**Siedelheim bei Mannheim.** Der 26 Jahre alte ledige Arbeiter Ga. Kutter von hier machte in der Küche der elterlichen Wohn-ung durch Öffnen des Gaskahns seinem Leben freiwillig ein Ende. Der Beweggrund ist unbekannt.

**Tiengen.** Montag nachmittag erlitt der Spieler Anton Scher-fer vom VfB Waldshut beim Fußballspielen einen Tritt gegen das linke Bein, wodurch er zu Boden stürzte und den linken Unter-schenkel brach. Er mußte ins Krankenhaus Waldshut gebracht werden.

**Furtwangen.** Dienstag morgen kurz nach 6 Uhr entstand am nicht geklärt Ursache im Grand-Hof (Bremerhof bei Neustadt), genannt Dieganter, ein Brand, der innerhalb kurzer Zeit den gan-zen Hof einäscherte. Als der Sohn am Morgen die Stalltür öffnete, schlugen ihm die Flammen entgegen. Das Feuer strahlte so rasen-d schnell um sich, daß die Bewohner kaum das nackte Leben retten konnten. Bald nach der Entdeckung des Brandes stürzte das Dach ein und verhängte die Eingänge zu Haus und Stall. So konnte dem Vieh keine Hilfe gebracht werden und es verbrannte 13 Pferde und 1 Pferd. Die ganzen Zehnste sind ebenfalls restlos ein Raub der Flammen geworden.

**Schmehingen.** Montag abend wollte ein junger Mann nach im letzten Augenblick vom Mannheimer Zug und hat den Bahnbeam-ten, ihm über die Schienen zu lassen, um den Zug noch zu erreichen. Da es eilte, ließ der Beamte dies zu. Als aber der junge Mann, der atemlos dahergeglaubt war, mit Hilfe des Schaffners den Zug be-stiegen wollte, fiel er plötzlich zurück und dem Schaffner in die Arme. Ein Arzt stellte nach wenigen Minuten den Tod durch Herzschlag fest. Es handelt sich um den 20jährigen Albert Weinger aus Mann-heim-Heubheim, der seit einiger Zeit herkrankt war.

**Öffingen.** Hier stürzte der Sattlermeister Ernst Geisinger von der Oberlenne in die Scheune und blieb mit schweren inneren Verletzungen, offenbar auch Rückenmarkverletzungen, liegen. Er wurde in die Chirurgische Klinik in Freiburg eingeliefert.

**Rödel Amt Waldshut.** Am Samstag nachmittag entzündete im Laubholzwald der Gemeinde Rödel ein Brand, der nach zwei Stunden gelöscht werden konnte. Es verbrannten etwa 2 bis 3 Morgen Wald. Der Schaden ist erheblich, die Brandursache dürfte in Fahrlässigkeit zu suchen sein.

# Rekord-Tage Donnerstag-Schlußtag!

Massen-Auslagen auf Extratschen im Erd-geschoß, sowie in sämtlichen Abteilungen!



**Volkshund Deutsche Kriegsgräberfürsorge**  
Preisgruppe Karstadt.

Die Reichsregierung hat auf Bitte des Volkshundes kommen.

**Sonntag, den 16. März ds. Js., als Volkstrauertag**

zum Gedächtnis unserer im Weltkrieg gefallenen Brüder erkl.

An diesem Tage findet auch in diesem Jahre wieder hier im Karstadt im Anschluß an die kirchlichen Feiern am 11. u. 12. vortags in der „Carl-Franz-Halle“ ein

**Trauerakt**

statt, an dem die gesamte Bevölkerung hierdurch ein-geladen wird.

Die Crisigruppe bittet:

1. die Mitbürger, an diesem Tage Halbmoß oder mit Trauerflor zu tragen,
2. die Vereine, sich um 9 Uhr vormittags mit ihren Reihen in Trauerflor vor dem Rathaus zu sammeln und anschließend in die Kirchen und von dort zur „Carl-Franz-Halle“ zu begeben (Beginn der Gottesdienste bei den Katholiken und Evangelischen um 9 Uhr, bei den Israeliten um 10 Uhr vormittags).

Die Stadtverwaltung hat sich freundschaftlich erkl.

am Samstag, den 15. ds. Mts., nachmittags, die Kriegsgräber in dem neuen Friedhof durch Schauläufer säubern zu lassen. Die Wärter haben Kenntnis davon, daß die im genannten Deutschen Vaterlande, so auch hier am Samstag abend von 8 bis 10 Uhr, am Sonntag mittags von 1 bis 1.15 Uhr sämtliche Kirchenglocken der Stadt läuten werden.

Karstadt, den 11. März 1930

**Zer Vorstand:**  
1. geb. Wandoline 18. A., 1. geb. Herrmann 25. A., 340  
1. Vorligender 2. Vorligender

große Auswahl form schöner

**MÖBEL**

der neuesten Stil- und Holzarten in Qualität, am besten u. billigsten bei

**Heinrich Karrer**  
19 Philippstr. 19

Kein Laden Eig. Schreiberei u. Polsterwerkstätte

Ratenkaufabkommen Teilzahlung / Franko Wohnung allerorts

**Wirtschaftskrise ...**

Kenntnis des Arbeitsrechts ist in dieser Notzeit für jeden Arbeitnehmer unerlässlich

Wir empfehlen

**Führer durch das arbeits-gerichtliche Verfahren**  
RM. 1.10

Neu erschienen:

**ABC des Arbeitsrechts**

für Behörden, Parteivertreter und Arbeitnehmer von Hans Meyer, Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts in Nürnberg

RM. 1.90

**Volksfreund-Buchhandlung**  
Waldstraße 28 Feinut 7029/21

Polstergestelle

von 10.46 an 21. Bier-häuser, Kfz-Klimmlein, Hauptstraße 78 3222

Mittelschleifen (Sitzteil Verlepf) zu beziehen bei Fabrikbesitzer Schöner in Bismarckstr. 11, 1117 (Man verlange Prospekt)

Ang-n-Bettläg neben einig. jung. Kanarienvogel umfassen, sehr preiswert abzugeben. (Schriftl. 51, 1. St. 1. Lage Wartentstraße)

**Billige Herren-Stoffe**

Reguläre Teilzahlung

Große Auswahl

Anf. Wasch-Mod.-Anfertigung

Gut sitzende Maß-Anzüge schon v. 55.- Mk. an

**Stoff-Vertrieb**  
Kaiserstr. 203 Karlsruhe

In Erweiterung meines seit 2 Jahren bestehenden Lichtheil-Instituts mit Abteilung für medizinische Bäder habe ich eine Abteilung für Hochfrequenz-mit Radium-, Röntgen- und Hellum-Bestrahlungen eingerichtet. Das Institut ist ausgestattet:

**als einziges in Karlsruhe mit der Original-Apparatur**

**Dr. Zeileis-Gallspach**

Streng individuelle persönliche Einzel-Behandlung

Gedömt 9-12 und 2-4 Uhr

**Karlsruhe i. B. Dr. med. Ph. Janson**  
Erlinger Straße 31 (Haltestelle Auzartenstraße) Tel. 3133

**Laden und Ausstellungsraum.**

Ein Teil der Dreiecksinsel Karlsruhe, Amalienstraße, Waldstraße ist zu verpachten zur einseitigen Ueberbauung als Laden oder Ausstellungsraum. Nähere Auskunft erteilt

Stadt. Hochbauamt Karlsruhe  
Leopoldstraße 10/12, Zimmer 17 404

**Nähmaschine**  
wie neu, 10.3. Garant. für nur 170.4 2310

**Nähmaschine**  
mit Einlage von 4 bis 5000 Mark von gutem Unternehmen gesucht. Guten Verdienst und Sicherheit.

Angebote unt. Nr. 2320 an d. Volksfreundbüro.

**Tafelkloster**  
voll gepanzert, für Gelegenheiten, selten günstige Gelegenheit, billig zu verkaufen. Siegfried Weiß, Darinich, Hauptstr. 42

**Dampfwalchenbau Fr. Maisch**

Spezial-Geschäft für Herren-Stärkmaschinen

Karlsr. Rappaport Langestraße 18

Telephon 3676

übernimmt jede Art Wasche

Annahmestellen

Zähringerstr. 209  
Humboldtstr. 13  
Marienstr. 65  
Kriegsstr. 161  
Amalienstraße 22  
Gerwigstraße 16  
Klauprechtstr. 10  
Friedrich-Wolf-Str. 23  
Auer Straße 9  
Weberstraße  
Beckenstraße 27











